

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus

Sitzungsdatum: Montag, den 01.12.2025
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:03 Uhr
Ort, Raum: Feuerwehrgerätehaus, Sanderstr. 63, 49413 Dinklage

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Carl Heinz Putthoff

Allg. Vertreter des Bürgermeisters

Herr Christoph Bornhorst

Protokollant/in

Frau Heidi Bellersen

Ausschussvorsitzende/r

Herr August Scheper CDU

ordentliches Mitglied

Herr Joseph Behrens CDU

Frau Nicole Bramlage CDU

Vertretung für Mitglied
Windhaus

Herr Ludger Burhorst SPD

Vertretung für Mitglied
Witteriede

Herr Tim Julian Dorniak CDU

Herr André Hälker CDU

Herr Henning Hilgefert BFD

Herr Steffen Lampe BFD

Herr Christian Morthorst Grüne

Frau Tanja Ruhe CDU

Herr Wulf Schwarte CDU

Herr Ingo Wessels SPD

beratendes Mitglied

Herr Josef Kruse AfD

Abwesend:

ordentliches Mitglied

Herr Andreas Windhaus CDU

Frau Susanne Witteriede SPD

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Silvia Dierken

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

- 2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus vom 03.11.2025
- 3 Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2025
Vorlage: DS-19-0644
- 4 Gebührenbedarfsrechnung für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2026
Vorlage: DS-19-0645
- 5 14. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung in der Stadt Dinklage - Straßenreinigungsgebührensatzung -
Vorlage: DS-19-0646
- 6 12. Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Art und den Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Dinklage
Vorlage: DS-19-0647
- 7 Beratung und Beschluss über die Haushaltssatzung und über den Haushaltsplan der Stadt Dinklage für das Haushaltsjahr 2026
- 8 Beratung und Beschluss über das Investitionsprogramm der Stadt Dinklage für die Jahre 2025-2029
- 9 Mitteilungen
- 10 Anfragen und Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Vorsitzender Scheper eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus um 18:00 Uhr. Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Presse. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Zur Tagesordnung teilt er mit, dass TOP 5 „14. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung in der Stadt Dinklage – Straßenreinigungsggebührensatzung“ nicht mehr beraten werde.

Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung beschlossen.

zu 2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus vom 03.11.2025

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus vom 03.11.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 2 Enthaltungen

**zu 3 Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2025
Vorlage: DS-19-0644**

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache aus.

Beschlussvorschlag:

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 4 Gebührenbedarfsrechnung für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2026
Vorlage: DS-19-0645**

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache vor.

Beschlussvorschlag:

Die Gebühr für die Straßenreinigung wird – wie bisher – auf 1,20 € je Frontmeter festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 5 14. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung in der Stadt Dinklage - Straßenreinigungsgebührensatzung - Vorlage: DS-19-0646

TOP wird nicht beraten.

**zu 6 12. Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Art und den Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Dinklage
Vorlage: DS-19-0647**

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus.

Beschlussvorschlag:

Die 12. Änderung der Verordnung über die Art, das Maß und die räumliche Ausdehnung der Straßenreinigung in der Stadt Dinklage wird erlassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 7 Beratung und Beschluss über die Haushaltssatzung und über den Haushaltsplan der Stadt Dinklage für das Haushaltsjahr 2026

Allg. Vertreter Bornhorst möchte sich zunächst bei den Kollegen/innen der Kämmerei für die Unterstützung bei der Aufstellung des Haushaltsplanes bedanken. Die Eckdaten sind im Vorfeld mit allen Fraktionen besprochen worden. Der Entwurf des Haushaltsplanes 2026 ist am 25.10.2025 allen Ratsmitgliedern digital zugegangen. Die Änderungen im Vergleich zu den Eckdaten habe er mit Schreiben vom 25.11.2025 erläutert.

Zum Haushaltsplan führt er wie folgt aus:

§ 1 Haushaltssatzung

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 weist im Ergebnishaushalt einen Fehlbetrag in Höhe von 1.597.500 € aus. Der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge wird auf 29.583.100 € und der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf 31.180.600 € festgesetzt. Die immer weiter steigenden Ausgaben der Kommunen (u.a. Kreisumlage, Aufwendungen im schulischen Bereich etc.) sind nicht allein der Inflation geschuldet, sondern dass Bund und Länder die Aufgaben der Kommunen immer mehr ausweiten, ohne für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen (z.B. Kitafinanzierung, Ganztagsbetreuung etc.).

Bei den Erträgen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (1.260.000 €), dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (7.890.000 €) und der Gewerbesteuererträge (10.420.000 €) wird ein positiver Zuwachs gegenüber den Planzahlen des Vorjahres erwartet.

Für den Finanzplanungszeitraum wurden die prognostizierten Steigerungen (Orientierungsdaten des Landes) aus den Steuerschätzungen sowie eigene Erfahrungswerte zu Grunde gelegt.

Insgesamt haben sich die Erträge (Realsteuern, Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer) gegenüber den Ansätzen des Vorjahres um 2.341.600 € erhöht. **(Seite 35 des Haushaltsplanes)**

Die positive Entwicklung der Steuereinnahmen 2024/2025 (Berechnungszeitraum 01.10.2024 – 30.09.2025), führt zu einer Erhöhung der Steuerkraft um 6,27 % gegenüber dem Berechnungszeitraum des Vorjahres, was sich finanziell auf die Einnahmen aus dem Finanzausgleich auswirkt. Für 2026 werden Schlüsselzuweisungen in Höhe von 369.200 € erwartet. Im Vorjahr hat die Stadt Dinklage keine Schlüsselzuweisung erhalten, sondern musste erstmals seit dem Haushaltsjahr 2012 eine Finanzausgleichsumlage von 55.440 € an das Land Niedersachsen zahlen. Die Zuweisungen für Auftragsangelegenheiten sind in Höhe von 333.700 € eingeplant. **(Seite 37 + 40/41 des Haushaltsplanes)**

Die Gewerbesteuererträge wurden mit 10.420.000 € (Vorjahr 8.870.000 €) eingeplant. Auch wenn sich das derzeitige Anordnungssoll auf rd. 11,97 Mio. € beläuft und das Wirtschaftswachstum in 2026 nur leicht zulegen (+1,3 %) soll, ist die Festsetzung des Ansatzes in dieser Größenordnung gerechtfertigt. **(Seite 35/63+64 des Haushaltsplanes)**

Die Gewerbesteuerumlage wurde mit 1.024.500 € eingeplant. Umgerechnet sind 9,85 % der Gewerbesteuererträge als Umlage zu zahlen. Die Gewerbesteuerumlage - zurzeit 35 Punkte (bis zum Jahr 2020: 64 Punkte) - wird alljährlich neu festgesetzt. **(Seite 55 des Haushaltsplanes)**

Darüber hinaus ist eine Kreisumlage in Höhe von 9.127.400 € (Vorjahr 7.752.733 € = 38,5 Punkte) zu zahlen. Bei der Ermittlung der Kreisumlage wurde von einem Hebesatz von 42,0 Punkten ausgegangen; das bedeutet pro Punkt 217.319 € an Aufwendungen. **(Seite 55/56 des Haushaltsplanes)**

Die wesentlichen Aufwendungen sind die Personalkosten in Höhe von 5.284.400 € (ohne Pensionsrückstellungen). Insgesamt stiegen die Personalkosten um 410.100 € (+8,41 %) gegenüber dem Vorjahr. Diese Entwicklung ist auf die Tarifierhöhungen, Besoldungsanpassungen und Neueinstellungen zurückzuführen.

Der aktuelle Tarifvertrag im öffentlichen Dienst hat eine Laufzeit bis zum 31.03.2027. Im Haushaltsplan 2026 wurden eine tarifrechtliche Entgelterhöhung von 2,8 % eingeplant. Die Jahressonderzahlung steigt ab dem 01.01.2026 einheitlich auf 85 %. Im Tarifbereich sind zudem Höhergruppierungen vorgesehen.

Für die Beamten wurde eine lineare Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge um 3,0 % vorgenommen. Darüber hinaus wurden Personalkosten für Neueinstellungen eingeplant. **(Seite 47/48 des Haushaltsplanes)**

Die Zuweisungen für Kindergärten und Kindergruppen belaufen sich auf 3.957.000 € (Vorjahr 3.563.600 €). Das bedeutet eine Erhöhung der Zuschüsse gegenüber dem Vorjahr von 393.400 €. Der Landkreis Vechta beteiligt sich an den Betriebskosten mit umgerechnet 1.147.000 €. **(Seite 52+53/36 des Haushaltsplanes)**

Die Haushaltsansätze beruhen auf die Haushaltsvoranschläge des Oficialates bzw. der St. Anna-Stiftung auf Basis des Kindergartenjahres 2025/2026. Bei den Haushaltsvoranschlägen des Oficialats findet eine neue Nettodefizitregelung Anwendung. Diese wurde bei den aktuellen Haushaltsvoranschlägen berücksichtigt. Das Nettodefizit teilt sich danach wie folgt auf: 88,0 % Stadt und 12,0 % kath. Kirche.

Die Bewirtschaftungskosten für die städtischen Liegenschaften und die angemieteten Räumlichkeiten und Wohnung sind gesunken. Im Haushaltsjahr 2026 wird mit einer Verringerung der Heizkosten von rund 28,2 % und einer Senkung der Stromkosten gerechnet. **(Seite 49 des Haushaltsplanes)**

Für bestehende und noch im Rahmen der Kreditermächtigung abzuschließende Kreditverträge wurden Aufwendungen für Zinsen in Höhe von 287.100 € (Vorjahr Plan 134.500 €) veranschlagt. **(Seite 50/51 des Haushaltplanes)**

Die Zinserträge werden mit 24.600 € (Vorjahr Plan 173.100 €), Dividenden mit 2.200 € und Gewinnausschüttungen mit 500.000€ veranschlagt. **(Seite 45 des Haushaltsplanes)**

Im Finanzhaushalt ist der Gesamtbetrag der Einzahlungen für Investitionstätigkeit auf 6.658.400 € und der Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit auf 14.111.500 € festgesetzt. Wesentliche Investitionsmaßnahmen sind: **(Seite 201-209 des Haushaltsplanes)**

Maßnahme	Ansatz 2026	Gesamtkosten
1. Sanierung Rathaus (Hauptgebäude) Zuw. vom Bund (KfW) Zuw. vom Land (Pakt Kommunalinvestition) verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	-171.100 €	1.510.000 € -125.000 € -510.500 € 874.500 €
2. Grundschule Kardinal-von-Galen – Erweiterung Mensa Zuw. vom Land Zuw. vom Landkreis verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	810.000 € -250.000 € -94.400 €	3.310.000 € - 250.000 € - 94.400 € 2.965.600 €
3. Grundschule Höner Mark – Erweiterung Mensa Zuw. vom Land Zuw. vom Landkreis verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	1.515.000 € -250.000 € -289.800 €	4.015.000 € - 250.000 € - 289.800 € 3.475.200 €
4. Oberschule – Sanierung / Brandschutzmaßnahmen Aula / Flure Zuw. vom Landkreis verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	200.000 € -70.000 €	1.000.000 € -350.000 € 650.000 €
5. Inv.-Zuschuss an TVD – Jahnstadion	341.000 €	1.801.000 €
6. Zuschuss TC Dinklage – Erweiterung / Umgestaltung Tennisplätze 1 bis 4	100.000 €	200.000 €
7. Freibad Sanierung Inv.-Zuschuss vom Bund (~ 39% v. netto) Vorsteuer Vorsteuererstattung verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage		7.470.000 € -1.999.100 € 1.418.800 € -1.418.800 € 5.470.900 €
8. Inv.-Zuschuss an Schützenverein Dinklage – Schützenhalle	190.000 €	570.000 €
9. Inv.-Zuschuss an Reitsportclub Dinklage	500.000 €	1.000.000 €
10. Inv.-Zuschuss Schweger Mühle Sanierung Zuw. vom Land Verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	230.000 € -92.000 €	230.000 € -92.000 € 138.000 €
11. Umgestaltung ehem. Caritas-Druckerei, Schulstraße	100.000 €	600.000 €

Maßnahme	Ansatz 2026	Gesamtkosten
12. Erwerb von Grundstücksflächen	2.600.000 €	5.510.000 €
13. Veräußerung von Grundstücksflächen	-2.900.000 €	-10.210.000 €
14. Erwerb Ökopunkte	266.700 €	2.650.300 €
15. Burgwald – barrierefreier Umbau Toilettenanlage Zuw. vom Land (LEADER) verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	20.000 € -10.400 €	150.000 € -25.900 € 124.100 €
16. Feuerwehrhaus – Umbau	850.000 €	3.610.000 €
17. Feuerwehr – Fahrzeuge und investive Gegenstände	412.600 €	56.400 €
18. Kostenbeteiligung Regenrückhaltebecken (OOWV)	500.000 €	1.420.000 €
19. Städtebauförderung (ISEK) - u.a. Umgestaltung Alter Markt Zuw. vom Bund (1/3) Zuw. vom Land (1/3) verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	1.300.000 € -433.400 € -433.400 €	5.800.000 € -1.933.400 € -1.933.400 € 1.933.200 €
20. Umgestaltung Kreisverkehrsplatz Quakenbrücker Str.	30.000 €	30.000 €
21. Jahnstraße – Nachfinanzierung inkl. 50% RW-Kanal Erschließungsbeiträge verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	225.000 €	855.000 € - 30.800 € 824.200 €
22. Straße „Kiek Ut“ – Nachfinanzierung Erschließungsbeiträge verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	70.000 € -63.000 €	320.000 € - 288.000 € 32.000 €
23. Wiesenweg (Hopener Mühlenbach bis Sanderstra- ße) – Nachfinanzierung Erschließungsbeiträge verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	30.000 € -24.900 €	2.130.000 € -854.400 € 1.275.600 €
24. Glatzerstraße Erschließungsbeiträge verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	280.000 € -124.200 €	300.000 € - 124.200 € 175.800 €
25. Rombergstraße (Gehwegverbreiterung)	133.200 €	133.200 €
26. Tapphornstraße (Gehwegverbreiterung)	135.400 €	135.400 €
27. Erschließung von weiteren Wohnbauflächen	1.350.000 €	2.420.000 €
28. Erschließung von weiteren Wohnbauflächen Erschließungsbeiträge	-1.300.000 €	-2.000.000 €
29. Erschließung von Gewerbeflächen	1.000.000 €	3.600.000 €
30. ÖPNV-Buswartehäuschen im Außenbereich	30.000 €	30.000 €
31. Straßenbeleuchtung Erweiterung Radweg Alter Bahndamm – außerorts Zuw. Land (75% NBank) verbleibender Anteil bei der Stadt Dinklage	110.000 € -60.000 €	110.000 € -60.000 € 50.000 €
32. Spielplatz BG Staggenborg	80.000 €	80.000 €
33. Bauhof – Fahrzeuge und Gerätschaften	119.900 €	119.900 €

§ 2 Haushaltssatzung

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden in Höhe von 6.811.100 € veranschlagt. Es handelt sich um Darlehen aus der Kreisschulbaukasse und Darlehen von Kreditinstituten.

Im Haushalt 2025 sind Kreditermächtigungen für Kredite bei Kreditinstituten in Höhe von 10.566.500 € veranschlagt worden. Gemäß § 120 Abs. 3 NKomVG gilt die Kreditermächtigung bis zum Ende des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres. Für 2026 ist vorgesehen, diese Kreditermächtigung aus dem Jahr 2025 zu übertragen.

Die Tilgungsleistungen (nur ordentliche Tilgungen) belaufen sich auf 1.101.300 €, so dass Ende 2026 ein Schuldenstand von 20.009.593 € zu erwarten ist. Basierend auf die Einwohnerzahlen zum 30.06.2025 (13.580 Einwohner) bedeutet dies eine Pro-Kopf-Verschuldung von rd. 1.473 €. Für 2026 beläuft sich die Netto-Neuverschuldung auf 16.276.300 €. **(Seite 67/68 des Haushaltplanes)**

§ 3 Haushaltssatzung

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt. **(Seite 4/220 des Haushaltplanes)**

§ 4 Haushaltssatzung

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite (Überschreitung des laufenden Kontos) wird auf 4.895.000 € festgesetzt.

Der in der Haushaltssatzung festgesetzte Höchstbetrag bedarf der Genehmigung der kommunalen Aufsichtsbehörde, wenn er 1/6 der im Finanzhaushalt veranschlagten Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit übersteigt.

Der jetzt diskutierte Haushaltsplan 2026 zeigt: Dinklage steht vor entscheidenden Herausforderungen. Zwar konnte die Stadt im Jahr 2025 die Schulden auf ein Rekordtief senken – gleichzeitig droht für 2026 eine Trendwende und die Schulden könnten wieder steigen.

Trotz der hohen Steuereinnahmen gerät der Haushaltsplan 2026 massiv unter Druck. Grund dafür sind die sprunghaft steigenden Ausgaben, insbesondere durch hohe Investitionen, der ausbleibende finanzielle Ausgleich von Bund und Land für übertragene Aufgaben sowie die deutliche Steigerung der Kreisumlage – führen zu einem deutlichen Fehlbetrag.

Diese Entwicklung belastet den städtischen Haushalt erheblich und erfordert eine besonders verantwortungsbewusste und nachhaltige Finanzpolitik notwendiger.

Vorsitzender Scheper und alle Fraktionen und bedanken sich bei der Verwaltung für die Vorlage des Haushaltsplans. Mitglied Scheper merkt an, dass ihn der voraussichtliche Schuldenstand nachdenklich stimme.

Mitglied Ruhe bedankt sich bei der Verwaltung für die zur Verfügungstellung des Haushaltplanes 2026. Sie führt aus, dass sich die CDU viele Entscheidungen in den vergangenen Jahren nicht leicht gemacht habe. Dennoch seien alle Beschlüsse stets nach bestem Wissen und Gewissen abgewogen worden – soweit dies unter den gegebenen äußeren Einflüssen möglich gewesen sei.

Sie merkt an, dass der Schuldenstand Ende 2025 bei rund 3,7 Mio. Euro liegen werde. Das positive Jahresergebnis sei darauf zurückzuführen, dass zahlreiche Investitionen und Maßnahmen in diesem Jahr noch nicht umgesetzt werden konnten. Zudem

hätten neue Aufgaben und Maßnahmen, die vom Land gefordert wurden und von den Kommunen ohne nennenswerten finanziellen Ausgleich umzusetzen waren, den Haushalt erheblich belastet. Auch die Anhebung der Kreisumlage auf 42 Punkte stelle mit 750.000 Euro eine zusätzliche Belastung für den Haushalt dar.

Gleichwohl könne man stolz auf die zahlreichen Maßnahmen sein, die in dieser Wahlperiode bereits angestoßen oder umgesetzt wurden. Die steigende Verschuldung sei unumgänglich, da viele Projekte jetzt realisiert werden müssten. Allerdings werde es zunehmend schwieriger, den Haushalt auszugleichen.

Weiter führt Mitglied Ruhe aus, dass in den kommenden Jahren weniger Spielraum für neue Investitionen bestehen werde. Dies zeige sich besonders beim Straßenausbau, der entgegen der ursprünglichen Planung deutlich gestreckt werden müsse.

Abschließend betont sie, dass die Stadt Dinklage kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem habe. Die Gewerbesteuer sowie die Einkommensteuer seien wichtige und in den vergangenen Jahren stetig gestiegene Einnahmequellen. In diesem Zusammenhang bedankt sich die CDU ausdrücklich bei den Dinklager Gewerbetreibenden für ihre Ideen, ihren Mut und ihre Investitionen.

Mitglied Lampe bedankt sich bei der Verwaltung für die zur Verfügungstellung des Haushaltsplanes 2026. Er merkt an, dass der Haushaltsentwurf 2026 deutlich zeige, dass die Stadt Dinklage weiterhin vor erheblichen finanziellen Herausforderungen stehe. Zwar sei es gelungen, den Ressourcenverbrauch durch Rücklagen auszugleichen und damit formal einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, jedoch weise der Ergebnishaushalt einen Fehlbetrag aus. Die gestiegenen Steuereinnahmen würden durch die erhöhte Kreisumlage nahezu vollständig aufgezehrt.

Das BFD bedankt sich bei der Verwaltung für die zur Verfügungstellung des Haushaltsplanes 2026 und bedankt sich ebenfalls bei den Dinklager Unternehmen für ihr engagiertes Wirtschaften, da insbesondere die Gewerbesteuer viele finanzielle Belastungen abfedere. Dennoch bleibe das Risiko von Einnahmeschwankungen bestehen. Mitglied Lampe führt aus, dass in den kommenden Jahren mit weiteren Fehlbeträgen zu rechnen sei. Zukünftig müssten wachsende Aufgaben mit begrenzten Mitteln bewältigt werden. Ohne eine bessere Gegenfinanzierung durch Bund und Land werde die Stadt zunehmend eingeschränkt. Hier seien grundlegende Reformen erforderlich.

In den kommenden Jahren müsse stärker priorisiert und sorgfältig abgewogen werden, um die finanzielle Stabilität der Stadt weiterhin zu sichern. Es könne nicht jede Maßnahme sofort umgesetzt werden. Auch bei den freiwilligen Leistungen müsse künftig noch intensiver zwischen Kosten und Nutzen abgewogen werden.

Mitglied Wessels bedankt sich bei der Verwaltung für die zur Verfügungstellung des Haushaltsplanes 2026. Er führt aus, dass sich die Haushaltsslage zum Ende des Jahres trotz erheblicher Investitionen in Infrastruktur, Ausstattung sowie in die Sanierung der Schulen und sozialen Einrichtungen positiv darstelle. Der erwartete Schuldenstand von 3,7 Mio. Euro führe zur niedrigsten Pro-Kopf-Verschuldung seit vielen Jahrzehnten.

Für das Jahr 2026 sei jedoch ein Schuldenstand von rund 20 Mio. Euro zu erwarten – trotz steigender Einnahmen aus Gewerbe- und Einkommenssteuer. Zudem würden

den Kommunen zunehmend zusätzliche Aufgaben übertragen. Als Beispiel nennt er den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Dies habe zur Folge, dass an beiden Grundschulen eine Mensa sowie zusätzliche Klassenräume gebaut werden müssten. Diese Maßnahmen hätten ein Gesamtvolumen von 7 Mio. Euro, wovon lediglich rund 460.000 Euro als Zuschuss vom Landkreis bereitgestellt würden.

Mitglied Wessels weist darauf hin, dass die Erhöhung der Kreisumlage auf 42 Punkte den Haushalt zusätzlich erheblich belastet. Die SPD spreche sich dennoch gegen eine Steuererhöhung aus. Sparsamkeit sei erforderlich. Gleichzeitig müsse jedoch in die Zukunft investiert werden, um eine positive Entwicklung der Stadt sowie ein stärkeres Wirtschaftswachstum zu ermöglichen – auch wenn dies mit einer höheren Verschuldung einhergehe, jedoch ohne dass Einsparungen oder Kürzungen notwendig würden.

Mitglied Kruse bedankt sich bei der Verwaltung für die zur Verfügungstellung des Haushaltsplanes 2026. Er führt aus, dass die meisten getätigten Ausgaben gut, notwendig und sinnvoll seien. Ein sehr großes Einsparpotenzial bestehe hier nicht. Dennoch dürfe es keine Denkverbote geben. Er hinterfragt, ob bei Neubauten die teuersten Materialien zwingend verwendet werden müssen, ob Photovoltaik zwingend sofort mitgebaut werden müsse und ob die Stadt Dinklage auf allen öffentlichen Gebäuden Gründächer benötige.

Er wiederholt seine Kritik an den vom Bund vorgegebenen Maßnahmen ohne entsprechende Gegenfinanzierung. Betroffen seien unter anderem Schulen, Mensen, Kitas und Sozialausgaben. Die Steuerkraft in Dinklage bleibe weiterhin hoch. Der Anstieg der Kreisumlage auf 42 Punkte bedeute einen Mehrbetrag von 750.000 € für den Haushalt. Auch beim Kreis bestünden Einsparmöglichkeiten, jedoch zeigten sich ähnliche Probleme: Vorgaben von Land und Bund würden nicht ausreichend finanziell ausgeglichen.

Die Kreditaufnahme der Stadt Dinklage bei Kreditinstituten betrage 6.733.000 €, die Kreditermächtigungen aus dem Vorjahr belaufen sich auf 10.566.000 €. Damit sei trotz möglicher Unterschreitung des geplanten Schuldenstands von 20.000.000 € eine Verfünfachung des Gesamtschuldenstandes sowie der Pro-Kopf-Verschuldung zu verzeichnen.

Mitglied Kruse merkt an, dass zahlreiche Straßenausbaumaßnahmen auf die Zeit nach 2031 verschoben werden. Es sei zu erwarten, dass sich folglich der Finanzbedarf 2031 erneut bemerkbar mache. Hoffnung bestehe, dass das Steueraufkommen stabil bleibe oder steige und ein Teil der Bundesmittel für Infrastruktur die Kommunen erreiche.

Mitglied Morthorst bedankt sich bei der Verwaltung für die zur Verfügungstellung des Haushaltsplanes 2026. Er führt aus, dass angesichts des hohen Schuldenstandes sparen das Gebot der Stunde sei. Er merkt an, dass jeder eingehende Antrag seine Begründung habe und es schwierig sei, hier die Gelder zu kürzen. Viele große Maßnahmen wurden angesprochen, die im nächsten Jahr voraussichtlich abgeschlossen werden. Er spricht sich dahingehend aus, dass die Zeit der großen Ausgaben vorerst vorbei sei, um den Schuldenstand in den nächsten Jahren abzubauen. Er hoffe auf weiterhin steigende Steuereinnahmen.

Mitglied Schwarte schließt sich den Ausführungen seiner Vorredner an und geht auf die geplanten Straßensanierungen ein. Er weist darauf hin, dass einige Maßnahmen aufgrund gestiegener Kosten um mehrere Jahre verschoben werden müssen. Dadurch seien sowohl im

Innen- als auch im Außenbereich erhebliche Ausgaben für die Straßenunterhaltung zu erwarten. Sein Appell richtet sich an die Landesregierung, zu prüfen, wie die Kommunen in diesem Bereich künftig besser unterstützt werden können.

Beschlussvorschlag:

Dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 wird zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 8 Beratung und Beschluss über das Investitionsprogramm der Stadt Dinklage für die Jahre 2025-2029

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand des Investitionsprogramms aus. Er merkt an, dass das Investitionsprogramm nur richtungweisend und nicht bindend sei.

Mitglied Burhorst bemängelt, dass mit der Erhöhung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer eine Prioritätenliste bezgl. der Sanierung der Straßen für den Zeitraum 2022 bis 2029 seitens der Verwaltung aufgestellt wurde, aber aufgrund von Kostensteigerungen nur teilweise umgesetzt wurde. Er hätte erwartet, dass die Verwaltung zeitnah reagiere.

Bürgermeister Putthoff entgegnet, dass mit dem Ausbau der Straßen ab 2022, die 685.000, - Euro zusätzlichen Einnahmen, die jährlich durch die Erhöhung der Hebesätze generiert wurden, mit dem Wegfall der Straßenausbaubeiträge und der erheblichen Kostensteigerungen im Straßenbau „verbraucht“ wurden und nicht im allgemeinen Haushalt untergegangen sind. Ein entsprechender Verwendungsnachweis werde mit der Abrechnung der sanierten Straßen der Politik vorgelegt.

Er betont wiederholt, dass durch die erheblichen Preissteigerungen die Hebesätze stetig erhöht werden müssten, um den ursprünglich generierten Betrag von 685.000, - Euro, mit dem Ausfall der Straßenausbaubeiträge und der Kostensteigerungen zu kompensieren.

Beschlussvorschlag:

Dem Investitionsprogramm für die Jahre 2025-2029 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 9 Mitteilungen

1. Allg. Vertreter Bornhorst teilt mit, dass zum 31.10.2025 lediglich eine Bewerbung für den Betrieb der Festwirtschaft zu den Kirmesveranstaltungen der Stadt Dinklage vorlag. Daniel Meyer vom Getränkeservice Meyer aus Dinklage hat sich für die Jahre 2026 und 2027 für die Ausrichtung der Festwirtschaft frist- und formgerecht beworben. Gemäß § 4 Abs. 4 der Marktordnung der Satzung der Stadt Dinklage über Volksfeste (Marktordnung) kann eine Bewerbung für den Betrieb von Festzelten und Ausschankständen auch für einen Zeitraum von mehreren Jahren erfolgen.

Da keine weitere Bewerbung zum 31.10.2025 vorlag, werde die Verwaltung die Zusage für die Jahre 2026 / 2027 an Herr Meyer erteilen und ihm diese übermitteln.

Allg. Vertreter Bornhorst teilt mit, dass der OOWV die Ergebnisse der Gebühren- bzw. Entgeltkalkulation für 2026 der Stadt Dinklage mitgeteilt hat. Die Zahlen stehen dabei unter Vorbehalt der Zustimmung durch die Verbandsversammlung. Nach der Kalkulation ergeben sich folgende Beiträge und Gebühren für 2026:

Die Schmutzwasserbeseitigung sinkt von 3,04 €/m³ auf 2,76 €/m³. Bei der dezentralen Abwasserbeseitigung (abflusslose Sammelgruben und Kleinkläranlagen) kommt es zu Anpassung. Die Grund- und Mengengebühren für abflusslose Sammelgruben steigen, die Mengengebühr für die Abfuhr von Schlamm aus Kleinkläranlagen kann dagegen gesenkt werden. In der Kalkulation der Niederschlagswassergebühr hat es einige Veränderungen gegeben. Zum einen erfolgte durch Befragung der Grundstückseigentümer eine Aktualisierung der Abrechnungsdaten. Im Ergebnis ist die Summe der Abrechnungsflächen deutlich gestiegen (um ca. 128.000 m²). Zum anderen wurde im Zusammenhang mit der Flächenaktualisierung auch der Anteilswert der öffentlichen Verkehrsflächen neu bestimmt. Danach wird die Stadt Dinklage ab dem Jahr 2026 bei Investitionen in die RW-Kanalisation sowie an den Unterhaltungskosten nur noch mit 40 % beteiligt. Dadurch steigt die Niederschlagswasserbeseitigung von 0,48 €/m² auf 0,54 €/m².

Auch bei der Trinkwasserversorgung kommt es zu einer Anpassung. Der Mengenpreis (brutto) steigt ab 1. Januar 2026 von bisher 1,56 €/m³ auf 1,70 €/m³. Die monatliche Grundgebühr (brutto) steigt für einen Standardanschluss von 8,49 € auf 8,66 €.

zu 10 Anfragen und Anregungen

Seitens des Ausschusses werden keine Anfragen oder Anregungen gestellt.

August Scheper
Vorsitzender

Heidi Bellersen
Protokollführung

Carl Heinz Putthoff
Bürgermeister